

Beschäftigt? Robert Castel: Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums (Rezension)

Völker, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Völker, W. (2011). Beschäftigt? Robert Castel: Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums (Rezension). [Rezension des Buches *Die Krise der Arbeit: neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums*, von R. Castel]. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 31(121), 104-125. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-402349>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Beschäftigt?

Robert Castel: Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburger Edition 2011, 383 Seiten, 32 Euro



Auf der 1. Mai-Kundgebung 2011 des DGB in Reutlingen zeigten IGM- und ver.di-Jugend in einer szenischen Darstellung wie auf dem Laufsteg markante Punkte der arbeits- und sozialrechtlichen Entwicklung. Eine Forderung, die sie am Ende der Vorstellung erhoben, war die Abschaffung von Befristungsmöglichkeiten von Arbeitsverträgen. Diese Forderung reflektiert die enorme Zunahme von befristeten Arbeitsverhältnissen gerade bei Jüngeren. Mit der Forderung zielen sie genau auf das Phänomen, das Gegenstand des vorliegenden Buches von Robert Castel ist. Im Zentrum stehen die neuen Unsicherheiten, die durch Veränderungen von Arbeitsverhältnissen und ihrer arbeits- und sozialpolitischen Regulierung hervorgerufen werden. Wenn er in der Einleitung feststellt „das sich in den letzten dreißig Jahren in der Art und Weise, wie wir uns die Zukunft vorstellen und sie bewältigen können, ein beträchtlicher Wandel vollzogen hat“ (9), so trifft er sicher nicht nur die Stimmungslage derjenigen, die beim Einstieg in eine berufliche Laufbahn eben nicht mit so genannten sicheren Aussichten rechnen können und denen bei der Alterssicherung eine zunehmende private Versicherungsbereitschaft, längere Lebensarbeitszeiten und niedrigere Sozialversicherungsrenten zugemutet werden. Seine Feststellung „Heute sind sehr viel weniger der Meinung, dass

morgen alles besser sein wird“ (10) ist für ihn Ausdruck eines „Systemwandel des Kapitalismus“ (10) und das Anliegen, das im vorliegenden Buch verfolgt wird, ist es „die Gesamtdynamik des Umbruchs“ darzustellen und gegenüber seinem 1995 erschienen Buch „Die Metamorphosen der sozialen Frage“ zu aktualisieren, weiterzuführen und zum Teil zu korrigieren. „Krise der Arbeit“ ist nämlich eine Sammlung von Texten, die zwischen 1995 und 2008 erschienen sind und sich mit der „Deregulierung der Arbeitsverhältnisse“ (55-147), dem „Umbau der Sozialsystem“ (149-238) und den „Wege(n) der Entkoppelung“ (239-326) befassen. Die Einleitung, die zusammenfassend Castels Perspektive auf die Transformation kapitalistischer Verhältnisse beschreibt und der Schluss zur „Genealogie des hypermodernen Individuums“ (327-368) sind neu geschrieben und bei den älteren Texten sind Überarbeitungen vorgenommen worden „unter Verzicht auf die Einführung späterer Fakten“ (7) oder es sind explizite Postskripta vorgenommen worden.

Um es gleich zu sagen: Wer noch nie etwas von Castel gelesen hat, findet hier einen sehr guten Zugang zu seinem Werk. Wer schon frühere Veröffentlichungen von ihm gelesen hat findet selbstverständlich viele bekannte Argumente, aber hat gleichzeitig das Vergnügen, an Castels Nachdenken über den Fortgang der Geschichte der Lohnarbeit, wie wir sie erleben und mitmachen, beteiligt zu sein. Wiederholungen von Themen und Argumentationen an verschiedenen Stellen sind in solchen Sammelbänden wohl nicht zu vermeiden. Man könnte auch eine Rangliste der Texte nach „kann“- „darf“- „muss“-Kriterien aufstellen. Allerdings

machen alle Leserinnen und Leser auch die Erfahrung, dass Castel in seinen Analysen einen Punkt nach wie vor nicht oder unzulänglich bedenkt: das Geschlechterverhältnis im Rahmen der Regulation der Arbeit im Kapitalismus bzw. die Untersuchung von Arbeit (bezahlter wie unbezahlter) unter einer Genderperspektive. Zu diesem Problem in Castels Analyse sei als ergänzende Lektüre der Text von Brigitte Aulenbacher in dem von Castel und Dörre 2009 herausgegebenen Sammelband „Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung“ empfohlen, indem sie Parallelen und Differenzen von Prekarisierungs- und Geschlechterforschung vorstellt und als hauptsächliche Differenz auf die mangelnde Berücksichtigung der Sphären der Hausarbeit, Eigenarbeit und Subsistenzarbeit in der Forschungsperspektive Castels hinweist (Aulenbach, 2009: 70). Im vorliegenden Buch spricht Castel das Geschlechterverhältnis explizit nur im Rahmen seiner Interpretation der Geschichte von Tristan und Isolde als Bericht einer Entkopplung an.

Für das Verständnis von Castels Argumentationen sind drei Bemerkungen wichtig, die in seiner Einleitung fallen. Einmal erklärt er dem Leser und der Leserin, weshalb in seinen soziologischen Arbeiten die Geschichte einen so breiten Raum einnimmt. Seiner Ansicht nach muss man „eine aktuelle Situation stets in einen Transformationsprozess einordnen“ (50). Anders könne man nicht begreifen „was hier und jetzt geschieht“ (51). In seiner Weise, „das heutige als Resultat einer Dynamik“ zu begreifen (50), ist von „Spannungsmomenten“, „Ungleichgewichten“, „Weichenstellungen“ die Rede, Begriffe, in denen teilweise die Akteure

der sozialen Konflikte und Kämpfe verloren zu gehen scheinen, obwohl sie in seinen historischen Beschreibungen als Handelnde auftauchen. Zum zweiten erläutert er, weshalb er die isolierte Betrachtung von sozialen Situationen für falsch hält, wie er sie besonders bei den Analysen wahrnimmt, die einen Zustand nicht mehr als Resultat eines Prozesses begreifen. Was Castel immer wieder anspricht ist die Tendenz, soziale Situationen wie „Vagabundage“, „Vorstadtproblem“ quasi statisch zu betrachten und nicht mehr „die Beziehung des Randes zum Zentrum und des Zentrum zum Rand“ zu untersuchen (51). Gegenüber dem Vorwurf eines gewissen Objektivismus, der ihm wohl aufgrund dieser Herangehensweise öfters gemacht worden ist, hält er daran fest „dass sich das Verhalten der sozialen Akteure, einschließlich ihrer Erfahrungen und Motive, (nicht) begreifen lässt, ohne dass man den objektiven Zwängen, die auch ihr ganz persönliches Erleben prägen, breiten Raum gewährt“ (52). Für Castel, der sich als „Freudomarxist [...] wie man es in den 60er Jahren sein konnte“ charakterisiert, besteht nach wie vor die Aufgabe einer Theorie für die „umfassende Sicht, die das Psychologische und das Soziale zu zwei Seiten derselben Realität machen würde“, aber er ist skeptisch gegenüber der Durchführbarkeit dieser Aufgabe (53). Sein soziologisches Erkenntnisinteresse geht dahin, die „Voraussetzungen auf(zu)zeigen, derer es bedarf, um in einer stets vom Zwang beherrschten Gesellschaft als Individuum zu bestehen“ (52). Zum Dritten – und das schließt an diese persönliche politische Geschichte Castels an – sagt er in einer Fußnote auf S. 12: „Man wird also zum Reformisten.“ Er erklärt sich

diesen Unterschied zur Position der radikalen Entlarvung von Herrschaftsverhältnissen früher (1940er Jahre oder „1968“) mit dem fehlenden Glauben bzw. der fehlenden Hoffnung „auf eine globale Alternative zu den Herrschaftsverhältnissen“ (12). Nicht die radikale Kritik ist für ihn falsch und im Reformismus analysiert er eine liberale und linke Variante (219-238). Der liberale Reformismus ist die uns hierzulande von fast allen jüngeren Regierungen vorexerzierte Politik der Befreiung der Marktkräfte, von der in unterschiedlicher Art und Weise „soziale Besitzstände“, „soziale Privilegien“ – letztlich wesentliche sozialstaatliche Regulierungen – als „Ursachen von Dauerarbeitslosigkeit, Prekarität und sozialer Ausgrenzung“ angegriffen werden (220). Die politischen Vertreter dieses Angriffs – für den Rezensenten besonders deutlich in seiner rot-grünen Variante ab 1998 und der früheren Variante der „neuen sozialen Frage“ von Geißler und Blüm in den späten 1970er Jahren – stellen sich als die „wirklichen Beschützer der Armen und Gebeutelten“ vor (222) und eine zumindest diskursive Verschiebung der sozialen Konflikte („arbeitende und nichtarbeitende“ „Festangestellte und prekär Beschäftigte“ (223), Rede von den „Ausgeschlossenen“ (226 f) wird herbeigeführt. Ein linker Reformismus wäre für Castel dagegen einer, der eine Politik gegen die totale Herrschaft des Marktes richtet. Castel hält nichts vom revolutionären Pathos der Abschaffung des Marktes und der Lohnarbeit, nicht zuletzt weil er dabei eine Regression in vormoderne Herrschaftsverhältnisse befürchtet (237), sondern heute beinhaltet Reformismus für ihn „das erreichbare Höchstmaß an politischem Gestaltungswillen und auch

das Körnchen Utopie, das sich heute unter Beachtung des Realitätsprinzips verteidigen lässt“ (238). Sein politisches Interesse ist die Suche nach Wegen, „den Markt und die Arbeit“ als „Grundpfeiler der Moderne“ „in einem für alle lebbareren Rahmen zu verbinden“ (238).

Worin besteht nun nach Castel die gegenwärtige kapitalistische Transformation? Sie besteht zum einen darin, dass sich der „soziale Kompromiss des Industriekapitalismus“ auflöst. Der Kompromiss bestand nach Castel darin, dass die Logik des Klassengegensatzes von der „Konkurrenz von Berufsgruppen“ und vom sozialpartnerschaftlichen Kampf um die „Aufteilung des Wachstumskuchens“ abgelöst worden waren (14). Auf diese Weise schienen die sozialen Ungleichheiten nicht festgeschrieben, sondern die unterschiedlichen Positionen auf der Ungleichheitsskala schienen erreichbar, vor allem als sozialer Aufstieg. „Es wirkte sozusagen ein Prinzip der aufgeschobenen Befriedigung, das jede Gruppe auf längere Sicht mit einer Verbesserung rechnen lässt“ (15). Die Position der Lohnarbeitenden wird in der arbeitgesellschaftlichen Regulation verbunden mit Rechten. Diese soziale Bürgerschaft beseitigt keineswegs soziale Ungleichheit, aber lässt „an einem Kontinuum von sozialen Positionen teilhaben, das auch ein Kontinuum von Rechten ist“ (17). Diese Konzeption sozialer Bürgerschaft hat durchaus Parallelen zur Marshalls Triade politischer, ziviler und sozialer Rechte und der damit gegebenen „social citizenship“ (vgl. dazu z.B. Wagner 2009). Die individuellen Lohnarbeitenden sind in dieser Phase des Kapitalismus in Kollektive und kollektive Schutzregelungen eingebunden. Arbeitsverhältnisse

wurden in der Geschichte des Kapitalismus zunehmend entindividualisiert und die laufende Transformation „wird von einer durchgängigen Entkollektivierungs- und Reindividualisierungs-Tendenz beherrscht“ (18). Darin sieht Castel „Sinn und Bedeutung der großen Transformation, die das neue Regime des postindustriellen Kapitalismus herbeiführt“ (18). Nun gibt es schon länger die Debatten darum, inwieweit sich gesellschaftliche Entwicklungen eindeutig und präzise in ein vorher und ein „post“ einteilen lassen, und es gibt die Debatten darüber, ob solche eindeutigen Definitionen von Phasen oder Regimen nicht konkrete Ungleichzeitigkeiten zugunsten einer vorgestellten Allgemeinheit von Normalität vernachlässigen. Diese Anfragen kann man auch an Castels Analyse stellen, doch sie relativieren sich, führt man sich vor Augen, dass er immer danach fragt, welche sozialen Gruppen Gewinner und Verlierer der neuen Normativitäts-Normen sind. Denn er beschreibt das postindustrielle Regime, das andere vielleicht als postfordistisch oder immateriell kennzeichnen würden ja als ein normatives Programm, das gesellschaftlich und politisch Hegemonie gewinnt. Die Auswirkungen der (Re)-Individualisierung sind für ihn „gegensätzlich. Sie gibt den einen die besten Chancen und nimmt sie den anderen weg. Sie tendiert letztlich zu einer Aufspaltung in zwei Arten von Individuen, von denen die einen mit allem versorgt sind, während den anderen die nötigen Mittel fehlen, um ihre sozialen Bestrebungen verwirklichen zu können“ (22). Letztere bezeichnet er als „bloße Individuen“. In der aktuellen Konstellation sieht Castel nun das eigentliche Kennzeichen nicht darin, dass sich

soziale Ungleichheiten tatsächlich enorm verschärfen, sondern für ihn ist die politische Regierung dieser Situation das entscheidende Neue. „Noch wichtiger als diese Vertiefungen der Ungleichheit ist aber die Tatsache, dass wir einen Umbau des Sozialsystems selbst erleben, der die bloßen Individuen auf schlechtere Absicherungsformen verweist“ (23). Erwerbslose werden eben auch „durch die Einrichtungen abgewertet, die Zeiten der Beschäftigungslosigkeit und fehlende Absicherungen aufgrund von Erwerbstätigkeit abfedern sollen“ (23). Vor diesem Hintergrund kritisiert Castel die Programmatik und Praxis von Aktivierungspolitik, die mit ihren Hymnen des Förderns und Forderns den „Triumph des Individualisierungsprinzips“ begleiten (23). Im Rahmen der sozialstaatlichen Veränderungen und ihrer Ambivalenzen und Verunsicherungen kommt dem Recht für Castel eine besondere Bedeutung zu. Eine „gewisse (?) Unbedingtheit des Rechts“ wäre für ihn „Garant eines Sozialstaats [...], der diesen Namen verdient“ (36). Nicht umsonst kommt dem „Umbau des Rechts“ in der Umsetzung der Programmatik des aktivierenden Staates eine besondere Bedeutung zu. Andere Autoren – wie z.B. Berthold Vogel sprechen in diesem Zusammenhang von einem „Exerzierfeld eines tendenziell rechtsauflösenden Gerechtigkeits- und Teilhabemanagements“ (Vogel 2007:74). Die von Castel hervorgehobene Tendenz der Individualisierung wird von ihm auch unter dem Aspekt der damit verbundenen Risiken thematisiert, die steigt, wenn kollektive Sicherungen abgebaut werden. Deswegen gibt es für ihn drei Risiken, um die heutzutage soziale und politische Konflikte entstehen: Erstens das soziale

Risiko mit den Fragen nach der sozialen Absicherung angesichts wachsender Prekarität und nach der Absicherung z.B. der Pflegebedürftigkeit angesichts der Auflösung traditioneller Familienstrukturen (27/28). Zweitens der Wechsel vom Blick auf die Risikogruppen zur Diagnose der Risikofaktoren mit einer Ausweitung präventiver Kontrollen durch Informationssammlung und Profilerstellung. Und drittens die Risiken und Nebenwirkungen der kapitalistischen instrumentellen Naturbeherrschung. Castel plädiert für eine Priorisierung der politischen Relevanz dieser Risiken und landet bei der Aussage, dass für ihn die „sozialen Risiken grundlegend sind“ (30). Er beansprucht, keine Konkurrenz zwischen den Risiken herzustellen, sondern will das „derzeit vorherrschende totalisierende Risikodenken“ dekonstruieren (31) um politische Handlungsfähigkeit herzustellen. Was dabei verloren geht, ist der Versuch, einen inneren Zusammenhang zwischen diesen Entwicklungen und der gesellschaftlichen Verfasstheit herzustellen, eben nicht im Sinne einer Totalisierung ‚alles Risiko‘, sondern ganz ernsthaft als Untersuchung des Zusammenhangs. Dies macht er ganz explizit in der Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Tendenz, soziale Fragen zu verwandeln in „städtische Fragen“ und „ethnische Fragen“ (37). Seine Hypothese ist, „dass sich die im Epizentrum der Arbeit entstandene Schockwelle auf die verschiedenen Sphären des gesellschaftlichen Lebens überträgt und dort in einer mehr und mehr zu einer Gesellschaft der Individuen werdenden Gesellschaftsformation differentielle Wirkungen hervorruft“ (38). Solche Diskursverschiebungen sozialer Fragen nach Armut sind ja auch im deut-

schen Sprachraum alles andere als unbekannt, seien es nun wissenschaftliche Diskurse über sozialräumliche Segregation, soziale Stadtentwicklung oder Varianten des Unterschichtsdiskurses mit mehr oder weniger rassistischen Zuspitzungen (vgl. dazu aus dem deutschen Sprachraum Kessler/Reutlinger/Ziegler 2010).

Was hier in der Einleitung an Themen aufgerufen wird, wird von Castel in den einzelnen, zu Kapiteln zusammengefassten Aufsätzen eingehend analysiert. Dabei verbreitet er keineswegs Optimismus, geht jedoch nicht davon aus, „dass diese Verschlechterung irreversibel ist“ (46). Denn er vertraut darauf, dass das von Hannah Arendt formulierte „Recht auf Rechte“ in den westlichen Gesellschaften persönlichkeitsprägende Wirkung entfaltet hat (46). Zweitens hofft er ganz kapitalistisch-immanent auf eine „intelligente Governance“, die sich der kontraproduktiven Effekte der absoluten Flexibilisierung und Individualisierung – quasi zur nachhaltigen Bewahrung des zu verbrauchenden Humankapitals – bewusst wird (47/48). Und drittens rechnet er mit dem „menschlichen Faktor“, auch wenn er „am unberechenbarsten ist“: „Kräfte des Widerstands oder Aufbegehrens oder Neigung zur Resignation, was setzt sich durch? Bei wem und wie lange?“ (48). So lauten seine Fragen an potenzielle Träger von Widerstand.

Im ersten Teil „Deregulierung der Arbeitsverhältnisse“ finden sich überarbeitete Texte von 1996, 1998, 1999, 2001 und 2007. In „Arbeit zwischen Knechtschaft und Freiheit. Die Bedeutung des Rechts“ widerlegt Castel die neoliberale These eines Gegensatzes von „Freiheit der Arbeit“ und „Zwang des Rechts“ über eine kurze

Geschichte von der Armenpolitik von den Zunftgesetzen bis zum modernen Vertragswesen und belegt, wie gerade in Rechtsform gebrachte Schutzansprüche die Arbeitenden von purer persönlicher Knechtschaft befreien – ohne deswegen von Ausbeutung und Fremdbestimmung frei zu werden. Die Unpersönlichkeit der sich verallgemeinernden Lohnarbeit befreit von bestimmten Abhängigkeiten und „die abstrakte Arbeit“ schafft es, die Arbeitenden wegen der gesellschaftlichen Relevanz ihres Tuns zur Figur im öffentlichen Raum zu machen: „Das Arbeitsrecht besiegelt sein Bürgerrecht“ (67) und dennoch beherrscht die Arbeit den Arbeiter „und ist gleichzeitig das, was ihm Anerkennung verschafft“ (68). Ein „starkes Arbeitsrecht“ ist jedenfalls zentral für eine Anerkennung der sozialen Bürgerschaft der Arbeitenden und für die Zivilisierung der sozialen Beziehungen. Dieses „durch und durch reformistische“ Konzept (73) gilt es aus Castels Perspektive zu verteidigen gegen Bestrebungen, „wieder möglichst viel (individuell) verhandelbar“ zu machen innerhalb von Unternehmen (74). Diese positive Würdigung des Prinzips Arbeitsrechts führt Castel auch zu großer Skepsis gegenüber alternativen Formen von Anerkennungsversuchen, wie sie in „bürgernahen Dienstleistungen“, bei uns wohl vergleichbar mit gemeinwohlorientierten, gemeinnützigen Tätigkeiten in öffentlich geförderter Beschäftigung, institutionalisiert werden. Denn diesen Arbeiten fehlt in der Regel die Eingebundenheit in kollektive arbeitsrechtliche Regulationen über den Arbeitnehmerstatus (71). Auf die Rolle von arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen angesichts zunehmender Prekarisierung von Arbeit

geht er auch in den Texten „Umgestaltung oder Neubegründung des Arbeitsrechts“ (98-112) und „Jenseits der Lohnarbeit oder diesseits des Arbeitnehmerstatus? Die Institutionalisierung des Prekariats.“ (128-147) ein. In ersterem beteiligt er sich an der Diskussion, ob soziale Sicherheit, die bisher mit einem so genannten Normalarbeitsverhältnis verbunden war angesichts der Erosion desselben, durch eine solche zu ersetzen, „die sich an der Person des Arbeitnehmers festmacht, auch in Zeiten von Nichterwerbstätigkeit“ (100). Auch wenn – noch nicht vollständig ausformulierte – Modelle „personenbezogener Regelungen verführerisch“ klingen, befürchtet Castel angesichts bestehender politischer und sozialer Kräfteverhältnisse eine „Angleichung nach unten“ durch solche Regelungen. Eine Sekpsis, die auch gegenüber Konzepten der Flexicurity, wie sie im Rahmen der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Diskussion in der EU befördert werden, von verschiedener Seite vorgebracht werden. Im zweiten Text setzt er sich eingehend damit auseinander, was denn heute eigentlich unter Arbeitslosigkeit zu verstehen ist und was eigentlich Prekarität bedeutet. Wenn der aktuelle Kapitalismus keine Vollbeschäftigung im klassischen Sinne sichern kann, dann geht Castel davon aus, „dass es heute Formen von Nichtbeschäftigung geben könnte, die keine wirkliche Arbeitslosigkeit sind, sofern es nämlich Stellensuchende gäbe, die gar keine Anstellung finden können. Sie wären nicht arbeitslos, sondern nicht beschäftigt, weil der vorhandene Stellenmangel nicht zu beseitigen ist“ (133). Angesichts der Entwicklung der Arbeitsverhältnisse fragt er sich auch, ob man denn noch an der Unterscheidung von

Normalarbeitsverhältnissen und atypischen Beschäftigungsverhältnissen festhalten könne: „Wenn sich die Tendenz fortsetzt, würde die Beschäftigungsstabilität als normale Organisationsform der Arbeit bald der Beschäftigungsinstabilität weichen“ (133). Die Analyse der Existenz dieser Situation ist ein wesentlicher Unterschied zu seiner Position in der „Metamorphose der sozialen Frage“, wo er im Widerspruch zu den Predigern vom Ende der Arbeit noch von einem Verfall der arbeitsgesellschaftlichen Prinzipien ausgegangen ist, die die Grundstruktur nicht in Frage stellen. Heute scheint das für ihn der Fall zu sein, was er mit dem Begriff der „Subproletarisierung der Lohnarbeit“ beschreibt (43). Nun ließe sich hier selbstverständlich mit einem Blick auf die Statistik der Arbeitsverhältnisse z.B. in Deutschland zeigen, dass das so genannte Normalarbeitsverhältnis quantitativ immer noch dominant ist, jedoch bezogen auf bestimmte Gruppen von Arbeitenden lediglich Wunschvorstellung, aber nicht gelebte Realität ist. Darüber hinausgehend lässt sich auch mit guten Gründen argumentieren, dass „das fordistische Normalarbeitsverhältnis weder allgemein gültig noch tatsächlich ‘garantiert’ war“ (Gruppe Blauer Montag 2008: 154) sowohl unter der Perspektive der Geschlechter- und Arbeitshierarchie als auch erst Recht im internationalen Maßstab. Castel beschreibt folgerichtig eine „Prekariersituation [...] im Sinne einer Existenzform der Lohnabhängigkeit. Einer dauerhaften Unsicherheit, die nichts Exzeptionelles oder Vorübergehendes mehr hat“ (136). Zu diesen Formen der Prekarität zählt Castel auch die staatlich induzierten „Formen der Unterbeschäftigung“ wie in

Frankreich das „aktive Mindesteinkommen“ und er weist auf die hegemoniale politische Position hin, „dass ein ungeheurer, um nicht zu sagen erpresserischer Druck ausgeübt wird, der jeden zur Arbeit zwingt“ (137). Das führt zwangsläufig im öffentlichen Bewusstsein zu einer „Kulpaibilisierung der Nichterwerbstätigen“ und zu einer Implementierung von „Zwangmaßnahmen“, die andernorts in der sozialpolitischen Diskussion auch als Workfare bezeichnet werden (138) (vgl. beispielhaft Grell/Sambale/Eick 2002). Diese Entwicklungen bedrohen und zerstören die in Castels Augen wichtige Vorstellung von einer solidarischen Sicherheit, auf die man sich trotz aller Ungleichheit in der Position einigermaßen verlassen konnte. Mit dieser Entwicklung wird das Bild einer „Gesellschaft der Gleichen“ (140) – oder wie er es in „Die Stärkung des Sozialen“ auch geschrieben hatte, einer „Gesellschaft der Ähnlichen“ – zerstört. Dass er dabei den Unterschied zwischen den 545 € Verdienst im Rahmen des aktiven Mindesteinkommens und dem Einkommen von Zinedine Zidane bei Real Madrid als Beispiel anführt, ist sicher diskussionswürdig, wirft aber auch Anfragen an sein Konzept des „differenzierten Positionenkontinuums in der Arbeitsgesellschaft“ auf, bei dem ja letztlich eine realistische Aufwärtsmobilität unterstellt ist. So richtig Castels Beschreibung der Entwicklung als „Rekommodifizierung des Arbeitnehmerverhältnisses“ ist, so stark vernachlässigt sein Verlierer-Gewinner-Bild (140) die darunter liegenden Hierarchien sozialer Ungleichheiten in und außerhalb des Arbeitnehmerstatus.

Auch wenn Castel sich nicht sicher sein will und kann, inwieweit die Preka-

risierungstendenzen den bisherigen Arbeitnehmerstatus vollständig auflösen, sind für ihn „die Grundlagen der Solidaritätssysteme zu überdenken“ (144). Er sieht – wie auch schon Aufsätze in der Zeitschrift *Widersprüche* in den 1980er Jahren sowie weitere, gerade auch feministische sozialstaatskritische Analysen – die klassischen Sozialversicherungssysteme aufgrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit (und Veränderungen in Menge und Qualität sozialversicherungspflichtiger Arbeit) finanziell und strukturell „von Grund auf destabilisiert“ (145) und „große gesellschaftliche Gruppen von Mitgliedern einer Solidargemeinschaft in „Abhängige, die Unterstützung beanspruchen“ verwandelt (145). Als sozialpolitischen Ausweg aus dieser Situation diskutiert er wieder die schon angesprochenen Möglichkeiten, einen „Bestand an Rechten“ an die Person zu binden und den flexibilisierten Lohnarbeitenden „einen Status zu geben“ (146). Hier eröffnet sich dann das Feld der Diskussion, die Solidarität für das 21. Jahrhundert bedeuten könnte“ (147). Castels Anforderungen an diese Solidarität bestehen darin „dass alle über jenes Mindestmaß an Mitteln und gemeinsamen Rechten verfügen, das ihre soziale Bürgerschaft konstituiert“ (147). Diese Konstitution wiederum ist für ihn wohl nur über eine Konsolidierung der Arbeitsverhältnisse denkbar. Ansonsten befürchtet er die gesellschaftliche Aufspaltung in vollwertige Solidarität (abgesichert über Arbeit und Besitz) und eine deprivierte Form der Solidarität der abhängigen Unterstützungsempfänger. Diese Spaltung klingt dann doch eher so, wie wir das klassische soziale Sicherungssystem kennen: aufgespalten in die Sozialversicherungssysteme einerseits

und das Fürsorgesystem andererseits. Eine Verallgemeinerung der Solidarität jenseits ihrer Bindung an Lohnarbeitsverhältnisse scheint für Castel nicht denkbar zu sein. Denn politische Vorschläge, wie sie im Rahmen der Diskussionen um emanzipatorische Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens gemacht werden, würden ja einer Vorstellung entsprechen, einen Bestand an Rechten (z.B. auf eine frei zugängliche Infrastruktur von Kultur, Bildung, Gesundheitsversorgung und Mobilität) an die Person zu binden, unabhängig davon, ob sie gerade lohnarbeitet oder nicht. Auf S. 212 macht Castel Aussagen zum notwendigen Charakter des Sozialstaats der Zukunft als „vorsorgender Staat“, ein Begriff der hierzulande ja auch in der sozialdemokratischen Diskussion zu finden ist. Als zentrale Bestandteile eines solchen Sozialstaats benennt er dort „eine garantierte soziale Grundsicherung“ und ein garantiertes Grundeinkommen für Arbeit. Solche Überlegungen sind durchaus anschlussfähig an die Diskussionen um eine Politik der sozialen Infrastruktur (vgl. z.B. die Texte von Hirsch, Steinert und Brüchert und AG links-netz in *Widersprüche*, Heft 97, 2005). Die Diskussion um universalistische Solidaritätsvorstellung muss immer danach fragen, welche Gruppen und Personen bei welchem Universum mitbedacht oder ausgeschlossen sind. Solidaritätsvorstellungen im Rahmen von Sozialversicherungen beruhen auf anderen Gründen als Solidaritätsvorstellungen, die an den Staat als Garanten sozialer Grundrechte gebunden werden und Solidaritätsvorstellungen in der Tradition der Arbeiterbewegung haben ebenfalls ein beschränktes Universum der Zugehörigkeit zur Solidargemein-

schaft. Wahrscheinlich gibt es momentan keine klaren politischen Lösungen, denn wie auch immer Solidarität von wem organisiert wird, richtet sie sich gegen eine soziale Bedrohung durch zerstörerische Bedingungen von Produktion und Reproduktion. Ein gut begründbarer Maßstab für Solidarsysteme aus Sicht des Rezensenten wären jedenfalls u.a. die Offenheit gegenüber einer Vielfalt von individuellen und kollektiven Lebenspraxen, also der Verzicht darauf, Lohnarbeit zum entscheidenden Zugangskriterium für volle soziale Bürgerschaft zu machen (vgl. auch Lessenich 2007 oder Demirović 2010).

Diese Diskussion um die Neu- oder Umgestaltung des Zusammenhangs von „Arbeit und sozialer Sicherung“ ist auch Gegenstand von Castels Ausführungen zur Bedeutung der Arbeit (76 ff). Dabei setzt er sich kritisch mit verschiedenen Theorien vom Ende der Arbeit auseinander, wie sie in den 1990er Jahren diskutiert worden sind. Seine politischen Schlussfolgerungen sind dabei ein starkes Plädoyer für kollektive Schutzregelungen und ein Aufruf, gegen die „Degradierung“ der Ordnung und der sozialen Existenz der Arbeit zu kämpfen (90). Auch hier zeigt sich das oben angesprochene Problem: einerseits besteht er zu Recht auf der zentralen Rolle der Entwicklung der Lohnarbeit für die soziale Situation und die damit verbundene (Un-)Sicherheit der Arbeiterinnen und Arbeiter, andererseits sind seine Utopien und politischen Vorschläge in dieser Form der gesellschaftlichen Arbeit gefangen und in diesem Sinne realistisch. Im aktuellen Postskriptum zu diesem Text von 1998 stellt er fest, dass die „Rede vom Ende der Arbeit [...] aus der öffentlichen Diskussion völlig ver-

schwunden ist“ (91) und stattdessen eine „ungeheure Überbewertung der Arbeit“ um sich greift (91). Seine Darstellung der Diskussion in Frankreich weist zahlreiche Parallelen zu auch hierzulande bekannten Diskursen auf („Freizeitpark“, „das Frankreich, das früh aufsteht“, „mehr zu arbeiten, um mehr zu verdienen“ (92)). Die Überbewertung von Arbeit vor dem Hintergrund struktureller Unterbeschäftigung und die damit verbundene „Stigmatisierung der Nichtarbeit“ führen zu einer Politik unter folgendem Primat: „Alle sollen arbeiten um jeden Preis, ohne deshalb alle sämtliche Rechte des klassischen Beschäftigungsverhältnisses genießen zu können“ (93). Gegenüber diesen Entwicklungen pocht Castel darauf, „dass Arbeit nicht gleich Arbeit ist“; und es geht ihm deshalb nicht um die Verteidigung der (Lohn)Arbeit an sich, sondern um Arbeit, die durch die erarbeiteten „ökonomischen Mittel“ und die mit ihr verbundenen „soziale Rechte zur Grundlage persönlicher Identität werden kann“ (96).

Eine Gruppe, bei der die Verbindung von Identitätsentwicklung und Arbeit gerne besonders hervorgehoben wird, sind Jugendliche. Gleichzeitig gibt es eine Diskussion, dass an der Haltung von Jugendlichen zur Arbeit auch ein kultureller Wandel im gesellschaftlichen Verhältnis zur Arbeit abzulesen sei. Castels Anfrage an diese Diskussion lautet, ob sich aus der Tatsache, dass Jugendliche unter den gegenwärtigen Bedingungen des Arbeits- und Ausbildungsmarktes ein „immer zufälligeres Verhältnis zur Arbeit“ haben, ableiten lässt dass sie auch ein „distanziertes“ oder „gleichgültiges Verhältnis“ zur Arbeit haben (114). In seiner Antwort betont Castel ganz im Sinne einer not-

wendigen klassenmäßigen Spezifizierung des Arguments, dass Prekarisierung und wachsende Unsicherheit nicht für alle Jugendlichen die Zukunftsaussicht ist. Für einen nicht geringen Teil von Jugendlichen sieht er jedoch die Gefahr, in eine Situation „struktureller Abschiebung“ (116) zu geraten, in der sie zu „einer Kategorie [...] gering qualifizierter Jugendlicher“ abgewertet werden, „deren Zukunft schon vor ihrem Eintritt ins Erwerbsleben verbaut scheint“ (116). Wichtig ist in diesem Zusammenhang Castels Argument, dass es nicht eigentlich das jugendliche Alter ist, was diese strukturelle Abschiebung ermöglicht, sondern die Tatsache, dass die Jugendlichen, die im Allgemeinen von Arbeitslosigkeit höher betroffen sind, primär durch „prekäre Jobs“ aus der Arbeitslosigkeit herauskommen. Der Charakter ihres Auftritts auf dem Arbeitsmarkt als „Neuzugang“ ist es, der die Karten ihrer Chancen verteilt: „Weil Jugendliche auf diesem Markt am häufigsten die Neuzugänge sind, bekommen sie die von den Unternehmen betriebene neue Personalpolitik am heftigsten zu spüren“ (116). Die Veränderungen der Arbeitsmärkte und die damit verbundenen Veränderungen der Biografiemuster treffen die Jungen im besonderen Maße und die „soziologischen Grunddeterminanten von Bildung, Erziehung, sozialer Herkunft oder Qualifikation [...] jenem Kapital im Bourdieuschen Sinne“ zeigen ihr Gewicht gegenüber dieser Gruppe (118). Neben diesen Bewertungen stellt Castel auch eine ganze Reihe von Untersuchungen vor, in denen die Bedeutung von (Lohn)Arbeit aus der Perspektive von Jugendlichen betrachtet wird. Leserinnen und Leser erhalten ein sehr differenziertes Bild von der

Relevanz verlängerter Bildungswege im Vergleich zur Elterngeneration oder von Grauzone(n) des sozialen Lebens, in der sich so etwas wie eine Kultur der Prekarität oder des Zufälligen entwickelt“ oder von Jugendlichen die „im Verhältnis zur Arbeit gleichzeitig desorientiert und hochmotiviert“ sind (124). Insgesamt fordert er, „stärker auf die Verschiedenheit jugendlicher Einstellungen“ zur Arbeit zu achten, statt einem „kulturalistisch verallgemeinernden Diskurs aufzusitzen“ (125) und zu betrachten, auf welche sozialen Voraussetzungen sich die verschiedenen Jugendlichen jeweils stützen können.

Im zweiten Teil des Bandes sind Texte versammelt, die sich mit dem Umbau der Sozialsysteme befassen. Dabei geht es sowohl um die Veränderungen sozialstaatlicher Regulation über entsprechende Veränderungen in der Sozialpolitik, um die veränderten Weisen der Adressierung sozialer Konflikte, Ungleichheiten und sozialer Gruppierungen durch verschiedene staatliche Ebenen, um das Verhältnis von privater Wohltätigkeit und staatlicher Politik und nicht zuletzt und immer wieder um Veränderungen in der Sozialen Arbeit. Den Sozialstaat begreift Castel als „späte Reaktion auf eine sehr alte Frage [...] wie können den einer Gemeinschaft angehörenden Individuen die Mittel zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse gesichert werden, wenn sie in Not sind und ihre Lage nicht selbst bewältigen können?“ (151). Als Antwort sieht Castel den Sozialstaat in seiner „Funktion eines Garanten sozialer Kohäsion“, der nicht nur reaktiv, sondern „durch allgemeine gesetzliche Regelungen (Sozialrecht und soziale Sicherung) vorbeugend in die Gesellschaft interveniert“ (151). Er beschreibt die Ent-

wicklung der Sozialstaatlichkeit in einer historisch vergleichenden Betrachtung und gibt dabei einem Thema besonderes Gewicht: dem Verhältnis von öffentlicher und privater Vorsorge und Hilfe und den jeweiligen politischen Protagonisten. Es geht um den Konflikt von sozialer Sicherheit auf Basis allgemeiner und staatlich garantierter Rechtsansprüche einerseits und den Aktivitäten der philanthropischen Wohlfahrtsindustrie andererseits (155). Genauso wesentlich wie die Unterscheidung öffentlicher und privater Fürsorge ist die Vielschichtigkeit sozialstaatlicher Praxis angesichts der Vielfalt von Bevölkerungsgruppen (155). Das zentrale Unterscheidungskriterium ist das Verhältnis der jeweiligen Gruppen zu Arbeit, woraus sich dann auch die fundamentale und systematische Differenz von „Fürsorge und Arbeitnehmerschutz“ (156) – eine Unterscheidung, wie sie im deutschsprachigen Wissenschaftsraum mit der Differenz von Armenpolitik und Arbeiterpolitik von Leibfried/Tennstedt definiert worden ist. Auch wenn in Castels Darstellungen immer die Schutzfunktion sozialstaatlicher Regelungen so formuliert wird, dass sie eindeutig positiv gelesen werden können, beschreibt er den Sozialstaat auch als funktional für die kapitalistische Entwicklung. Der Sozialstaat wird zu „einem wichtigen Akteur für diese Konsolidierung der Lohnarbeit“, indem er dem Marktprinzip Schranken setzt. Der politische Zweck dieser dekommodifizierenden Funktion als Reaktion auf soziale und politische Kämpfe ist ihm sehr wohl bekannt: „die Gefahr des Umsturzes abzuwenden, die ein Proletariat oder eine arbeitende Klasse heraufbeschwört, die nicht zur Ruhe kommt“ (162). Dieser Unruhe aufgrund

von Unsicherheit gegenüber „garantiert“ der Sozialstaat „eine Grundsicherung“ (162). Wichtig in Castels Analyse der Sozialstaatsgeschichte ist der Hinweis, dass Sozialstaat keineswegs nur aus Fürsorge und Versicherung besteht, sondern dass der öffentliche Dienst eine wichtige sozialstaatliche Funktion hat. Nicht nur im Sinne eines Anbieters von öffentlichen Dienstleistungen, die sich auf die Bewältigung ungleicher, benachteiligender Situationen bezieht, sondern schlicht auch als Reservoir von Arbeitsplätzen und sozialen Positionen des Aufstiegs. Mag ein solcher historischer Rückblick ein problematisches, idyllisches Bild provozieren – Castel ist sich dessen bewusst und weist auf die weiter bestehenden immensen Ungleichheiten in der sozialen Hierarchie hin – und bedenkt dabei mit Nachdruck die „Lage der Arbeitsmigranten und eines bedeutenden Teils der unteren Klassen, des Fortbestehens einer nicht in die Dynamik des Fortschritts einbezogenen ‘vierten Welt’“ (165). Das neue Regime des Kapitalismus, das Castel ja durchgängig befragt, nimmt auch Besitz von der sozialstaatlichen Entwicklung. Ohne das von Joachim Hirsch geprägte Wort vom Wettbewerbsstaat zu nutzen, mit dem man den Wandel der konkurrierenden Nationalstaaten beschreiben kann, gehen Sätze wie „Der Prozess [der neoliberalen Marktbefreiung, WV] zu Ende geführt, wäre er der Triumph des Privateigentums über das Sozialeigentum“ (169). Für den Staat ergeben sich aus diesem Regimewechsel vor allem zwei Herausforderungen: wie kann er die finanzielle Basis der sozialen Sicherheit verändern und wie kann er den universalistischen Anspruch auf soziale Sicherheit seiner BürgerInnen

formulieren? Die historisch in Europa weitgehend ähnlich gegebene Antwort ist den Leserinnen und Lesern bekannt: die Politik des aktivierenden (Sozial)Staats. Der nach Castel ambivalente Charakter dieser Politik wird am Beispiel der wachsenden Bedeutung des lokalen Raums als strategischen Ort aktivierender Politiken und am Beispiel der Etablierung von Eigenverantwortung in Leistung – Gegenleistung kritisiert. Die erste Orientierung auf das Lokale verbirgt und verdoppelt die wirtschaftlichen Ungleichheiten (176). Die zweite Orientierung auf Eigenverantwortung schafft eine „Pseudoreziprozität“, die das Scheitern der Menschen in Kauf nimmt (177 f). Castels Alternative zum Aktivierungsregime ist ein „besserer Staat“, der die Individuen mit mehr und verlässlichen Rechten ausstattet (179).

Ein weiterer Text im Abschnitt zum Umbau der Sozialsysteme befasst sich mit der Entwicklung der sozialen Arbeit. Ähnlich wie andere Positionen, die sich auf Basis der Regulationstheorie mit dieser Entwicklung befassen – so etwa Schaauschuch 1999 oder Bütow/Chassé/Hirt 2008 – beschreibt er die Entwicklung von der professionellen sozialen Arbeit vom durchaus herrschaftlichen Integrationshelfer zum Manager der Unsicherheit. Dabei geht Castel von einer grundlegenden Paradoxie der Sozialarbeit aus. „Ihr wird ganz eindeutig eine allgemeine politische Funktion zuerkannt, sie soll den Einzelnen bei der *sozialen* Integration helfen. Das Mittel zur Erfüllung dieser Aufgabe besteht aber darin, einen *individuellen* Dienst anzubieten“ (185). Dieses Paradox bildet auch die Basis zur Ausdifferenzierung der Spezialisierungen beruflicher Tätigkeiten und der Zielgruppen

sozialer Arbeit. Castel beschreibt hier mit dem Begriff Goffmans ein „Reparaturprogramm“ wie es zu einem letztlich klinischen Verständnis sozialer Arbeit passt (185). Als „regulatives Prinzip“ findet er ein „durkheimianisch“ zu bezeichnendes Verständnis von Integration (185), das die soziale Arbeit mit einem „Kompensationsdispositiv“ (186) aufgreift. Dies ist ein „Ensemble von Institutionen, Fachleuten, Techniken, Vorschriften“, welches das Ziel verfolgt „den Abstand zu verringern, der bestimmte Bevölkerungsgruppen von einer die Gesellschaft beherrschenden Dynamik sozialen Fortschritts trennt“ (186). In diesem Sinne kann dann auch in der Kritik sozialer Arbeit von einer „Normalisierungsfunktion“ und von „sozialer Kontrolle“ gesprochen werden (186). Castel diskutiert, ob die Transformation des Typus der kapitalistischen Entwicklung (Entkollektivierung/Reindividualisierung) auch das bisherige Integrationsmodell der sozialen Arbeit in Frage stellt. Er macht das beispielhaft anhand so genannter neuer Adressatengruppen der sozialen Arbeit, die im Zuge der Prekarisierung auftauchen. Denn trotz aller diesen Adressaten zugeschriebenen persönlichen Unzulänglichkeiten, sind es Strukturprobleme der Gesellschaft, die diese Gruppen in ihre schwierige Situation bringen. „Ihr Integrationsdefizit hat weniger mit einer Insuffizienz zu tun, die man ihnen selbst zuschreiben könnte, als vielmehr mit einer Reihe von Faktoren, die sie daran hindern, in unserer Gesellschaft einen anerkannten Platz einzunehmen“ (189). Die neuen Adressatengruppen werden von der sich transformierenden sozialen Arbeit auch anders angesprochen. Diese praktischen Interventionen, die im Rahmen des akti-

vierenden Umbaus etabliert werden, beschreibt Castel an den der „Territorialisierung“ und an der Eingliederungspolitik. Die Eingliederungspolitik sozialer Arbeit steht in der Gefahr am selbst gesetzten Ziel zu scheitern und den Individuen statt Eingliederung in die Arbeit die Eingliederung im „Dauer-Übergang“ zu verschaffen (191). Auch zur Konjunktur der Begriffe „Plan“ und Vertrag“ im Rahmen der aktivierenden Praxis kann Castel gute Einschätzungen vorbringen. Er sieht in den Interventionsformen unter Vorherrschaft der Prinzipien „Aktivierung passiver Leistungen“ und „Leistung – Gegenleistung“ Versuche, „fortan die Entwicklung individueller Wege unter Mitwirkung der Betroffenen“ herzustellen (195). In seiner Kritik daran spricht Castel von einer „grundlegenden Ambivalenz“ dieser Praxis. Seine Kritik hebt vor allem hervor, dass die so adressierten Bürgerinnen und Bürger scheitern müssen, da sie ihre „unerträgliche soziale Lage“ nicht individuell verändern können. Und genau das werde ja von ihnen verlangt: „Soziale Arbeit wird heute von der Übermacht dessen bedroht, was François Dubet als die *Internalitätsnorm* bezeichnet: die Tendenz, im Einzelnen selbst sowohl die Ursachen für seine Situation wie auch die nötigen Mittel zu suchen, mit denen er aus ihr herauskommen kann“ (196). Eine noch einen Schritt weitergehende Kritik der Aktivierung hätte nicht nur auf dieses modernisierte Paradox sozialer Arbeit hingewiesen, sondern hätte das Machtverhältnis zwischen den RepräsentantInnen des Aktivierungsregimes und den Adressaten benannt und belegt, dass von der institutionellen Seite her das Ziel vorgegeben ist, auf das hin die Adressaten sich selbst aktivieren sollen

(vgl. z.B. Marquardsen 2011). Dass Castel diesen Schritt hier nicht geht, verwundert etwas, spricht er doch an anderer Stelle von der „Pseudoreziprozität“ der Aktivierungsbeziehungen (177). Die „Territorialisierung sozialer Arbeit“ ist nicht nur wieder eine weitere Verschiebung der Handlungsebene weg von Strukturproblemen, sondern ist auch mit einer Neuzusammensetzung der Akteure verbunden. Der (Zentral)Staat gibt „allgemeine Richtlinien“ vor und lässt sich auf der horizontalen Ebenen „mit einer ganzen Reihe lokaler Akteure aus verschiedenen Verwaltungsbehörden, kommunalpolitischen Gremien und der Zivilgesellschaft ein“ (192), über die dann die Programme umgesetzt werden. Diese Beschreibung Castels trifft sich an etlichen Punkten mit Analysen des „manageriellen Staates“ (z.B. Dahme/Wohlfahrt 2009) oder mit solchen des „gewährleistenden Staates“ (z.B. Vogel 2007 oder Dingeldey 2006) oder mit solchen, die vom „Regieren über den Sozialraum“ sprechen (z.B. Kessler/Reutlinger/Maurer/Frey 2005). Zusammenfassend stellt Castel fest: „Statt die soziale Integration aller Bürger mittels allgemeiner Regelungen und gleichförmiger Rechte mit universellem Anspruch auf dem Reißbrett zu konzipieren, würde er [der Sozialstaat, WV] sich mehr und mehr in gezielte lokalisierte Operationen einbinden, indem er die unterschiedlichen sozialen Partner und die Bürger selbst zu aktiver Beteiligung aufruft“ (193).

Die Territorialisierung von Interventionen ist für Castel aber auch ein Versuch, „die auf eine Person zentrierte Interaktion zu durchbrechen“ (196) und er begreift „Wiedereinbindung in Kollektive“ als „beste Medizin für verunsicherte Men-

schen“, die aus „kollektiven Zugehörigkeits- und Schutzsystemen herausgefallen sind“ (197). Castel sieht Kollektivbezug nun keineswegs so kurz, wie es z.B. auf Putnam zurückgehende Konzepte des sozialen Kapitals machen. An diesen Konzepten würde Castel wohl zu Recht das Allgemeine der Reziprozität fehlen, das er in durch den Staat garantierten kollektiven sozialen Rechten sieht. Um auch auf lokaler Ebene als „vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft [Wieso eigentlich nicht Gesellschaft? WV] anerkannt“ zu werden, spielt das Innehaben von Rechten eine herausragende Rolle (197). Die Adressaten sozialer Arbeit bestehen „aus Rechtssubjekten, die auf Maßnahmen zur Wiederherstellung ihrer sozialen Bürgerschaft Anspruch haben. Auftrag sozialer Arbeit ist es also, bei dieser Wiederherstellung zu helfen, wobei der Staat, auch der lokalisierte, als Garant für den Rechtsanspruch auf diese Dienstleistung fungiert“ (198). Diese Betonung von Rechtsansprüchen des Bürgers macht Castels Position politisch sehr sympathisch, schützt sie doch vor den Fallen privater Wohltätigkeit und „Neophilanthropie“ (198). Ob sie jedoch vor einem „Neopaternalismus“ (198) wirklich schützen kann, darf bezweifelt werden, denn einen „Rechtsanspruch“ auf eine Dienstleistung haben, heißt noch lange nicht, über das Ziel und die Art und Weise ihrer Erbringung auf Basis von Autonomie und Definitionsmacht verfügen zu können. Darauf weist er letztlich selber hin, wenn er in seinen Ausführungen zur Exklusionsdiskussion die Orientierung der sozialen Arbeit an Zielgruppen problematisiert, die ja durch Defizite definiert werden: „Kategorisierung und Isolierung von Problemgruppen

schaft die Möglichkeit einer gesonderten und gezielten Betreuung“ (283).

Die Debatte um Exklusion ist nicht nur für die soziale Arbeit, sondern für die gesamte sozialpolitische Diskussion wichtig, sind doch beide im Alltagsgeschäft häufig geneigt, eine „substantialistische Auffassung von Armut“ zu vertreten (227), „die auf die Ränder der Gesellschaft fixiert“ nicht in der Lage ist, den Entstehungsprozess der aktuellen sozialen Fragen zu analysieren: „Sich auf die Exklusion zu konzentrieren, heißt, sich damit zu begnügen, bestimmte Löcher im sozialen Gewebe zu flicken, ohne danach zu fragen, wodurch es zerrissen wird“ (228).

Die vernünftigerweise hohen Reflexionsansprüche, die Castel an eine Diskussion von Ausgrenzung, Exklusion, Marginalisierung und Armut stellt, werden im dritten Teil des Bandes, „Wege der Entkopplung“ deutlich. Seine Interpretation von Tristan und Isolde als Roman der Entkopplung gibt Interessierten sicher Anregungen, auch modernere Literatur oder Filme unter diesem Blick zu betrachten. Der Text zu den „Marginalisierten in der Geschichte“ liefert eine differenzierte Betrachtung auf das Verhältnis von Marginalität, Armut und Ausgrenzung. Als gesellschaftliche Mechanismen, die Marginalität hervorbringen, sieht er vor allem zwei: „Einerseits wird Marginalität durch konzentrierte Ausgrenzungsverfahren bewirkt, andererseits und vor allem werden von ihr die verwundbarsten Bevölkerungsschichten stigmatisiert, die in dieser Art von Gesellschaftsorganisation keinen anerkannten Platz finden“ (267/268). Es gibt also einen gesellschaftlichen Nährboden für Marginalisierung, die an den äußeren Rändern in Exklusion umschla-

gen. Die vielgestaltigen historischen RepräsentantInnen der Marginalität werden von Castel beispielhaft vorgestellt. In der heutigen Gesellschaft bewegt Castel vor allem die Frage, worin die Positionen der sozialen Verwundbarkeit bestehen, die er mit den Begriff der „Kultur der Zufälligkeit“ (273) beschreibt: „Was sind die Voraussetzungen, unter denen Marginalität als instabil-unsichere, oft aber auch dynamisch-mobilisierende Lage in Sackgassen führt (Umschlagen in Exklusion), Formen individuellen Sichdurchwurstelns ermöglicht (wie für Lazarillo de Tormes) oder zum Faktor allgemeinen sozialen Wandels wird (wie die Entstehung der Arbeiterklasse aus den entsozialisierten Randgruppen des Proletariats)“ (274). Dieses Zitat dürfte deutlich machen, dass sich bei Castel die Frage der Marginalität nicht auf ein schlichtes drinnen und draußen reduzieren lässt, sondern dass „die gesamte Sozialstruktur zur Debatte“ steht (275). Diese Gedanken werden im Text „Fallstricke des Exklusionsbegriffs“ (276 ff) weitergeführt, der schon 1995 in Frankreich erschienen ist und der eindringlich darauf besteht, dass es die (inzwischen schon nicht mehr so) „neuen Regeln des sozialen und wirtschaftlichen Lebens sind“, die Individuen und soziale Gruppen „ins Abseits“ drängen (283). Deshalb gibt es für Castel auch keine bzw. nur falsche „technische“ Versuche, den gesellschaftlichen Prozess der aktuellen sozialen Spaltungen, zu „beherrschen“ – seiner Meinung nach kann dies nur „politisch“ geschehen. Aktuell wie historisch sind die gesellschaftlichen Hervorbringungen der sozialen Frage im Zentrum der Gesellschaft anzusiedeln. Eine Verkürzung der sozialen Frage auf das, was als

Exklusion erscheinen mag im Sinne einer punktuellen Krise, ist eine „Verschiebung vom Zentrum auf die Peripherie“ (285). Tatsächlich haben wir es „mit einem allgemeinen Destabilisierungsprozess der Arbeitnehmerlage“ zu tun (286). Wer Exklusion und soziale Ausgrenzung bekämpfen will, so Castels Credo, „müsste vor allem an den Regulationen der Arbeit und an den mit ihre verbundenen Sicherungssystemen ansetzen“ (286). Im Text finden sich auch gute weitere Anhaltspunkte für eine differenzierte Diskussion wie z.B. eine Charakterisierung der Prozeduren der Ausgrenzung zwischen Vernichtung, Schaffung abgetrennter Räume und Sonderstatus mit minderen Rechten (288). Bezogen auf die aktuellen sozialen Lagen kommt Castel zum Ergebnis, dass „immer mehr Bevölkerungsgruppen in Bezug auf Arbeit, Wohnung, Bildung, Kultur unter einem Integrationsdefizit leiden“ und „von Exklusion bedroht sind“ (290). Die wahrscheinlichste zu erwartende Form ist für Castel, dass diese Gruppen in die Lage eines Sonderstatus mit Beraubung grundlegender Rechte, die zur sozialen Bürgerschaft gehören, gebracht werden (293). Ein wichtiges Thema wurde dabei in den letzten Jahren die Verbindung von Rassismus und sozialen Fragen bzw. die Ethnisierung sozialer Konflikte sowie die populistischen Politiken des Resentiments gegen „ganz oben“ und „ganz unten“ (306). Ausführlich greift er die damit verbundenen Herausforderungen in einem Text von 2007 auf, in dem er am Beispiel der meist im Zentrum der Debatten stehenden Gruppe, der Jugendlichen mit einer familiären Migrationsgeschichte, fragt, „worauf können sie ihre soziale Identität begründen, wenn ihnen

die Qualität vollwertiger Bürger verweigert wird? Die identitäre Bekräftigung ihrer ethnischen Herkunft, die man oft als 'Kommunitarismus' kritisiert, könnte damit für sie zur Rückzugsposition werden" (310). Er weigert sich, vorschnell von Ausgrenzung und Ghettoisierung zu sprechen und arbeitet die Vielschichtigkeit der Situation in Frankreich zwischen kolonialem Erbe, formaler Staatsbürgerschaft und grundlegenden Ungleichbehandlung sowie der historischen Konstruktion der französischen Identität heraus. Die Zugehörigkeit als BürgerInnen zu einem Staat („vollwertige Bürger der Nation“) besteht für Castel sowohl in sozialstaatlich gesicherter „soziale(r) Bürgerschaft“ als auch in der „politische(n) Bürgerschaft“ der Gleichen (316). Und beide Bürgerschaften werden für bestimmte Bevölkerungsgruppen prekär und führen zu den paradoxen Situationen, dass Gruppen permanent damit konfrontiert werden „jeder Differenz“ abzuschwören und gleichzeitig „unablässig“ ihre Differenz „durch ihre diskriminierende Behandlung hervorgehoben wird“ (319). Die von Castel vorgeschlagenen Auswege einer „nationalen Pluriidentität“ (320) sind sicher diskussionswürdig, sind aber nicht zuletzt Ergebnis seines Konzepts der vollwertigen Bürgerschaft, die beide für ihn nur im staatlich –nationalen Rahmen denkbar scheinen. Aber auch bei diesem Thema ist Castels Blick interessant, da er die Frage, wie „Alterität“ hergestellt wird, anhand der Verhältnisse von Zentrum und Rand, Mehrheit und Minderheit diskutiert und zur Aussage kommt: „Es sind innere Fremde, deren Alterität aufgrund von Merkmalen der sie stigmatisierenden Gesellschaft konstituiert wird“ (325).

Im letzten Abschnitt des Buches zeigt Castel Ansatzpunkte einer „Genealogie des hypermodernen Individuums“ (327). Er greift dabei auf seine in der Einleitung thematisierte Herangehensweise zurück, nach den „objektiven Bedingungen“ zu fragen, „die über die Möglichkeit, ein Individuum zu sein, bestimmen“ (329). Diese Frage ist ihm deswegen wichtig, weil in der Gesellschaft insgesamt durch die liberalen Reformen eine Überhöhung des Individuums stattfindet und allenthalben gefordert wird, selbiges von den Fesseln kollektiver Regelungen zu befreien und individuelle Verantwortung nicht zuletzt für die Risiken Lohnarbeit zu übernehmen, mit denen man im Lebenslauf konfrontiert wird. Demgegenüber besteht Castel ähnlich wie Bourdieu in seinen Arbeiten zur sozialen Ungleichheit darauf, dass „die Individuen [...] in ungleichem Maße über die nötigen Voraussetzungen (verfügen), um Individuen zu sein“ (329). Im Rückblick auf die geschichtliche Konstruktion des modernen Individuums versucht er sich eine präzisere Vorstellung vom „Begriff der Voraussetzung“ zu verschaffen, die ihm für einen „soziologischen Begriff des Individuums“ bedeutsam ist (331). Man darf also keine kompletten Antworten auf seine Fragen nach dem Beginn, dem Wandel und den aktuellen Formen des modernen Individuums erwarten (330), aber man darf eine „Problematik“ im Sinne einer „Geschichte der Gegenwart“ erwarten (330).

Dabei weist er auf die Rolle der Religionen, in der westlichen Welt vor allem des Christentums hin, das ein „außerweltliches Individuum“ konzipiert, das im Sinne einer Zwei-Reiche-Lehre Gott gegenüber als gleiches Individuum existiert, „im täg-

lichen Leben“ jedoch den gesellschaftlichen Ungleichheiten unterworfen ist (333). Im 17. und 18. Jahrhundert wird das „religiöse Individuum“, das sich in der „Abwendung von der Welt verwirklichte“ abgelöst vom „modernen Individuum“, das seinen Sinn in der „Beherrschung der Welt“ sieht (333). Die entsprechenden sozialen Gestalten wie Heilige und Märtyrer werden abgelöst von Bürgern, Gelehrten, Kaufleuten und Arbeitern (333). Die bürgerliche Gesellschaft befreit das moderne Individuum aus der religiös-feudal geprägten Vorgeschichte der Abhängigkeiten. Das wesentliche Charakteristikum des neuen Individuums ist das Privateigentum. Dieser Interpretation versichert sich Castel im Rückgriff auf John Locke, auf die Revolution von 1789 und auf die historischen Untersuchungen, die zeigen, dass trotz Menschen- und Bürgerrechtserklärungen die „elenden Massen“ nicht als Individuen anerkannt waren (337). Sie waren nicht „begütert“ (338). Mit der Ausweitung der Lohnarbeit und damit verbundenen Kämpfen wurde eine neue und auch funktional passende Form des Eigentums durchgesetzt, das „Sozialeigentum“ mit dem der Arbeitnehmerstatus sozial versichert und gesichert und mit kollektivrechtlichen Regelungen wie Tarifverträgen gestärkt wurde: „Das nicht vom Eigentum geschützte Individuum wird vom Kollektiv geschützt“ (340). Und die Etablierung dieses Schutzes stellt die Erweiterung der politischen Bürgerschaft mit einer „sozialen Bürgerschaft“, welche Voraussetzungen schafft, um Individuen sein zu können. Auch ohne Privateigentum verfügen sie über „einen Grundbestand von Ressourcen und Rechten [...], die sie aus ihrer Arbeit beziehen“ (342).

Diese Entwicklung bis in die Phase, die als Fordismus beschrieben wird, bezeichnet Castel als „heimliche und stille Revolution“ (343) in der das unbestrittene „Unterordnungsverhältnis“ der Lohnarbeit für die individuellen ArbeiterInnen Bedingungen schafft, in der sie etwas mehr zu verlieren haben als ihre Ketten (343), nämlich „eine gewisse soziale Unabhängigkeit“ (344), die ihnen die Möglichkeit gibt „Entscheidungen zu treffen oder zwischen unterschiedlichen Interessen abzuwägen“, die sich sowohl auf private wie öffentliche Angelegenheiten beziehen können – auch wenn ihre Möglichkeiten „durch die Zwänge seiner sozialen Umgebung, seines Alters oder Geschlechts noch so stark eingeschränkt sind“ (345). Auch wenn es den Anschein hat, man könnte diese Geschichte der Individuen als Weg der Brüder zur Sonne, zur Freiheit linear verstanden werden, schränkt Castel eine derart positive Interpretation ein. Er sieht die beschriebene Entwicklungstendenz heute durchaus „gebrochen“ oder „zumindest ins Stocken“ geraten (346), weil die soziale Bürgerschaft durch die Politik der Deregulierung und Transformation bedroht ist. Gleichzeitig sieht er neue Profile des Individuums zur gesellschaftlichen Vorherrschaft gelangen, die „Individuen im Übermaß“ und die „bloßen Individuen“ (347). Die forschende Untersuchungsarbeit hätte aus Castels Perspektive in alle drei Richtungen zu gehen: was wird aus dem vorher beschriebenen modernen Individuum und was machen die beiden neuen Typen des Individuums aus? Seine Andeutungen lassen sich so zusammenfassen: Die Individuen im Übermaß drücken für ihn eine übersteigerte Subjektivität aus, wie er sie in den diversen Psychoprak-

tiken analysiert, in denen das Individuum an seinem Selbst arbeiten muss, weil die Gesellschaft es entfremdet und in seinen Potentialen bremst. Auch wenn es sich bei den gewählten Beispielen nicht gerade anbietet, so gibt es hier in Castels Argumentation durchaus Parallelen zur Diskussion, inwieweit es dem neoliberalen und neosozialen Umbau der Gesellschaft gelungen ist, emanzipatorische Forderungen nach Selbstbestimmung aufzugreifen und funktional umzubauen. Was in den 1970er und 1980er Jahren noch als Phänomen für kleinere gesellschaftliche Gruppen festgehalten werden konnte, sieht Castel heute durchaus als breites Phänomen, dass Individuen sich nicht mehr als Teil der Gesellschaft verstehen, begreifen und fühlen, sondern sich – wie er schon bei Tocqueville findet – in der Einsamkeit ihrer eigenen Herzen einsperren (351). Dass sich Individuen so selbstgenügsam ungesellschaftlich begreifen, kann nach Castel nur mit der Verfügung über Ressourcen erklärt werden, wie es Bourdieu mit seinem Kapitalbegriffen tut. Allerdings sieht er sich mit großen Schwierigkeiten konfrontiert, nicht zu vereinfachen und „die soziale Basis für die Entwicklung des Individuums im Übermaß“ zu analysieren (353). Dazu kommt noch die Schwierigkeit zu bestimmen, in welchem Ausmaß dieser Typus Individuum gesellschaftlich hegemonial ist. Castel selber bestreitet seine Dominanz und sieht darin eher „eine Form der Entkopplung von oben“, die gesellschaftlich marginal bleibt (354). Als vorherrschend erscheint ihm nach wie vor der Typus des klassischen modernen Individuums, wie es „durch die Expansion der geschützten Arbeitnehmerschaft verallgemeinert“ wurde

(354). Politisch wichtig ist ihm der Blick auf das „bloße Individuum“ als zweite Variante des hypermodernen Individuums. Mit dem Begriff des bloßen Individuums ersetzt Castel seinen früher verwendeten Begriff des negativen Individuums für die von der gesellschaftlichen Transformation am härtesten Betroffenen: „Ich ziehe diese Formulierung zurück, eben weil sie mir zu negativ ist“ (354). Castel will die Menschen nicht abwerten noch ihnen absprechen, dass sie überhaupt Individuen sind. Denn sie sind „in dem Widerspruch gefangen, nicht die Individuen sein zu können, die sie sein wollen“ (354). Allein solch ein Satz böte die Chance, nun in mehr oder weniger freier Assoziation eine Verbindung zu Theorien und Konzepten des Capability-Approach zu ziehen, der ja auch in seinen Bewertungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit danach fragt, was die Menschen für sich anstreben und wie die Wirklichkeit dies befördert oder behindert (vgl. Otto/Ziegler 2009). Politisch ist diese Perspektive für Castel vor allem auch deshalb bedeutsam, weil er sieht, wie wenig attraktiv eine „Nostalgie der verzauberten Welt von Klassensolidarität“ nicht nur in den jungen Abteilungen der „einfachen Bevölkerung“ ist (355): „Ein unabhängiges Individuum zu sein, ist ein in allen sozialen Schichten sehr weitgehend geteiltes Ideal“ (355). Für die Forschungsarbeit bietet sich Castel hier nicht nur das Verhältnis zur Arbeit als Feld an, sondern auch der „Wandel der Familienordnung“ (355), was für ihn vor allem unter dem Aspekt von Gewinnen und Verlusten an Schutz durch diese Beziehungen soziologisch und sozialpolitisch interessant ist. Die Frage ist, wer mit neu entstandenen Freiheiten auch etwas anfangen kann.

Hier zeigen sich Anknüpfungspunkte und Parallelen zu der kritischen Diskussion um Individualisierung, wie sie in den späten 1980er und 1990er Jahren hierzulande in Auseinandersetzung mit Beck stattgefunden hat (vgl. z.B. Honneth 1994 oder Neckel 1989). Diejenigen „denen die nötigen Mittel fehlen, um ihre individuellen Freiheiten tatsächlich zu übernehmen“ sind für ihn die „bloßen Individuen“ (356) – was eine gänzlich andere Analyse darstellt als solche, die individuelle Eigenschaften und persönliche Unzulänglichkeiten abstellen. Die Beispiele, die er anhand der Ergebnisse verschiedener Forschungen beschreibt, sind Arbeitslose und jugendliche JobberInnen. Allerdings besteht er auf der Hervorhebung der „Heterogenität des Prekariats“: „Die Prekarität ist heute ein ganzer Subkontinent, der sein Einzugsgebiet ausdehnt und gleichzeitig zerstückelt bleibt“ – was nicht zuletzt die Frage aufwerfen sollte, wie sich um diesen Konflikt Kämpfe entwickeln können (vgl. z.B. Artus 2008 und Blauer Montag 2008). Zu dieser Frage bietet Castel relativ wenig, aber er regt an, darüber nachzudenken, welche Relevanz für die Entwicklung von sozialen und politischen Kämpfen die Frage hat „wie man unter diesen Bedingungen ein Individuum sein kann“ und welche Möglichkeiten dazu die „Findigkeit“, sich in prekären Verhältnissen durchzuschlagen, bietet (360). Man wird wohl auch über andere Formen politischer Praxis nachdenken müssen als die klassischen Praktiken der „vollen Staatsbürger“, die bei Castel ja immer als Maßstab formuliert werden. Und vielleicht helfen auch Castels zusammenfassende Thesen, eine politische Diskussion anzuregen. Denn seine „für eine Soziologie des Indivi-

duums“ fundamentalen Gedanken lauten, „dass es keine Individuen ohne gesellschaftliche Voraussetzungen gibt und keine Individuen ohne Staat“ (362). Können dem ersten Teil der Aussage sicher alle Leserinnen und Leser zustimmen, gibt es beim zweiten Teil sicher stärkere Einwände. Castels Argumente für seine erste These sind vor allem, dass Individuen über „Stützpunkte“ für soziale Unabhängigkeit verfügen müssen, die in einer „Arbeitsgesellschaft“ eben über das Sozialeigentum und die Einbindung in kollektivrechtliche Regelungen und Sicherungen besteht. Die zweite Argumentation ist, dass es allein der Staat sein kann, der die Voraussetzungen garantieren kann, die es braucht, um ein Individuum sein zu können. Damit sind vor allem Eigentumsrechte und soziale Rechte gemeint. Besonders die Entwicklung der Sozialstaatlichkeit in „Westeuropa“ hat – und damit knüpft er wieder an einen in der Einleitung formulierten Gedanken an – zu einer „Kultur des Sozialen“ geführt, in der „das westliche Individuum (sich) als ein Rechtssubjekt begreift, das über soziale Rechte verfügt“ (365). Nun ist Castel die vielfältige, auch linke Kritik am Sozialstaat als Schutz- und Herrschaftsmechanismus bekannt und er teilt einen Teil der Kritik, besonders in der Frage, wie eine angemessene Universalität von Sicherheiten und Unterstützungen aussehen kann, aber ohne die Existenz von „nationalen und transnationalen Regulationsinstanzen“ sieht Castel wenig Möglichkeiten, „ein wirkliches Individuum (zu) bleiben oder (zu) werden“ (368).

Nach diesem zugegebenermaßen langen und ausführlichen Gang durch den Sammelband lässt sich feststellen, dass Castel viele, zum Teil auch kontroverse

Anknüpfungspunkte und Erweiterungen zu den sozialwissenschaftlichen und politischen Diskussionen um (Lohn)Arbeit, Individualisierung, Deregulierung, Prekarisierung, Exklusion und Neuerfindungen sozialer Sicherheiten finden lassen. Was wenig formuliert wird, sind Fragen nach sozialen Akteuren und Konfliktpotenzialen in den transformierten Produktions- und Reproduktionsverhältnissen. Konflikte um und in der Lohnarbeit, sei es um Arbeitsverdichtung, Arbeitsbelastung oder Arbeitszeitgestaltung und vor allem Arbeitszeitverkürzung kommen in dieser Beschreibung der Krise der Arbeit kaum vor. Castel bewegt sich immer im Kampf um die Regulation der Lohnarbeit und ein suchender Blick auf Konflikte, nach gesellschaftlichen Praxen, die über die Re-Regulierung der Lohnarbeit hinausgehende Perspektiven eines guten Lebens anregen könnten, kommt nicht vor. Vielleicht ist darin auch der Grund für Christian Schlüters Schlussbemerkung in seiner Rezension des Buches in der FR vom 20. Mai 2011 zu suchen, der „Linken wie Castel“ vorwirft, immer nur auf Katastrophen zu reagieren und aus der Defensive nicht herauszukommen. Wie dem auch sei. Lohnenswert ist die Auseinandersetzung mit Castel allemal, nicht zuletzt weil sein Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse als Ergebnis von sozialen und politischen Prozessen davor schützt, sich in falschen Dichotomien des „drinnen“ und „draußen“ zu bewegen oder der Internalitätsnorm zu verfallen und gesellschaftliche Konflikte und Ungleichheiten quasi zu persönlichen Eigenschaften von Individuen zu machen.

Abschließend noch die Top-Liste der Texte für eilige Leserinnen und Leser: S. 9-53; S. 128-147; S. 180-238; S.

276-293; S. 309-368. Für ganz eilige reichen die ersten und die letzten Angaben.

Wolfgang Völker
Basselweg 65 c,
22527 Hamburg

Literatur, auf die ergänzend verwiesen wird:

- Artus, Ingrid 2008: Prekäre Vergemeinschaftung und verrückte Kämpfe. Repressive Integration als Herrschaftsmodus im prekären Dienstleistungsbereich. In: PROKLA 150, 38. Jahrgang, Nr. 1, Münster
- Aulenbacher, Brigitte 2009: Die soziale Frage neu gestellt – Gesellschaftsanalysen der Prekarisierung und Geschlechterforschung. In: Castel Robert/Dörre, Klaus (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/New York
- Bütow, Brigitte/Chassé, Karl-August/Hirt, Rainer 2008: Soziale Arbeit nach dem sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat. Opladen & Farmington Hills
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert 2009: Zivilgesellschaft und managerieller Staat. Bürgerschaftliche Sozialpolitik als teil instrumenteller Governance. In: Bode, Ingo/Evers, Adalbert/Klein, Ansgar (Hg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Wiesbaden
- Demirović, Alex 2010: Freiheit, Gleichheit, Solidarität. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Heft 4-2010
- Dingeldey, Irene 2006: Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung. In: ApuZ Aus Politik und Zeitgeschichte 8-9/2006
- Grell, Britta/Sambale, Jens/Eick, Volker 2002: Workfare zwischen Arbeitsmarkt und Lebensstilregulierung. Beschäfti-

- gungsorientierte Sozialpolitik im deutsch-amerikanischen Vergleich. In: PROKLA. Heft 129, 32. Jg., Münster
- Gruppe Blauer Montag (2008): Risse im Putz. Autonomie, Prekarisierung und autoritärer Sozialstaat. Berlin/Hamburg
- Honneth, Axel 1994: Desintegration, Frankfurt am Main
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Ziegler, Holger 2010: Erziehung zur Armut. Soziale Arbeit und die neue Unterschicht. Wiesbaden
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susann/Frey, Oliver 2005: Handbuch Sozialraum, Wiesbaden
- Lessenich, Stephan 2007: Thesen zur Diskussion, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Zukunft des Sozialstaats – Sozialpolitik, Tagungsbericht 2007
- Marquardsen, Kai 2011: Eigenverantwortung ohne Selbstbestimmung? Zum Verhältnis von „Autonomie“ und Heteronomie in der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. In: PROKLA 163, 41. Jahrgang, Münster
- Neckel, Sighard 1989: Individualisierung. In: PROKLA, 19. Jahrgang, Nr.3, Heft 76
- Hans U. Otto, Holger Ziegler (Hg.) 2009: Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden
- Schaarschuch, Andreas 1999: Integration ohne Ende? Soziale Arbeit in der gespaltenen Gesellschaft. In: Treptow, Rainer/Hörster, Reinhard (Hg.): Sozialpädagogische Integration. Entwicklungsperspektiven und Konfliktlinien. Weinheim und München
- Vogel, Berthold 2007: Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft, Hamburg
- Wagner, Thomas 2009: Citizenship, Soziale Arbeit und Soziale Klassen. Von der politischen Produktivität des Bürgers in der Sozialen Arbeit. In: Widersprüche, Heft 112, 30. Jahrgang, München
- Widersprüche, Heft 97: Politik des Sozialen – Alternativen zur Sozialpolitik. Umriss einer Sozialen Infrastruktur. September 2005, Bielefeld